

Bündnis richtet Appell an Großkoalitionäre in Berlin

Für soziale Wohnungspolitik und mehr Unterstützung vom Bund – Heidelberger sollen E-Mails an Verhandlungsführer schicken

Von Sebastian Riemer

Die Bahnstadt wächst rasant, die Konversionsflächen werden nach und nach frei. Bringt das endlich Entspannung in den Heidelberger Wohnungsmarkt? Nein, bis 2020 fehlen laut Wohnraumbedarfsanalyse 6000 Wohnungen – trotz Bahnstadt, trotz Ex-US-Flächen.

Besonders rar sind preisgünstige Wohnungen. Auf diese Probleme weist seit Jahren gebetsmühlenartig auch das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung hin (siehe Hintergrund). Nun packen die 43 Bündnispartner die Gelegenheit der Regierungsbildung beim Schopfe und richten einen Appell nach Berlin. „Wir müssen dieses Zeitfenster nutzen“, sagt Christoph Nestor vom Mieterverein. Ohne Unterstützung von Land und Bund könne man die Probleme in Heidelberg nicht in den Griff bekommen. „Die Stadt allein ist überfordert.“

Der „Heidelberger Appell für eine soziale Konversions- und Wohnungspolitik“, der von jedem Bürger per E-Mail an die handelnden Politiker in Berlin verschickt werden kann, enthält vier Kernforderungen. Direkt die Konversionsflächen betrifft die Forderung nach einer sogenannten Öffnungsklausel für das Bim-Gesetz. Bisher ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), in deren Besitz die Konversionsflächen zunächst übergehen, gesetzlich dazu verpflichtet, beim Verkauf einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Die geforderte Gesetzesänderung würde den Verkauf der Flächen unter



Einige Partner des Bündnisses gegen Armut und Ausgrenzung stellen den „Heidelberger Appell“ beim Redaktionsgespräch mit der Rhein-Neckar-Zeitung vor. Foto: Alex

Marktpreis an die Kommunen für den sozialen Wohnungsbau ermöglichen. „Der Bundesrat hat schon zugestimmt, der Bundestag fehlt noch“, so Nestor.

Außerdem fordern die Bündnispartner in dem Appell „einen fairen Anteil am Steueraufkommen“ für mehr Wohnbauförderung, eine Reaktivierung des Programms Soziale Stadt und mehr Bundeszuschüsse für energetische Sanierungen. „Die Kommunen brauchen einfach mehr finanzielle Unterstützung“, sagt Annett Heiß-Ritter vom Bündnispartner DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit). „Der Bund hat auch selbst ein Inte-

resse daran: Sozial durchmischte Städte haben viel mehr Potenzial.“ Das „Kein Geld“-Argument ziehe nicht, sagt Nestor. „Natürlich ist Geld da, die Frage ist nur, wofür man es ausgeben will.“

Die Bündnispartner hoffen, dass möglichst viele Heidelberger Bürger, Vereine, Firmen und andere Organisationen den Appell unterstützen. Wenn Tausende mitmachen würden, erzeuge das Druck in Berlin – nicht zuletzt auch auf die Heidelberger Abgeordneten Lamers (CDU) und Binding (SPD). Außerdem könne man damit eine deutliche Botschaft an Oberbürgermeister Würzner und den Gemein-

HINTERGRUND

Das Heidelberger Bündnis

Das „Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung“ gibt es seit 2004. Es ist ein offener Zusammenschluss von mittlerweile 43 Organisationen in Heidelberg und Umgebung. Darunter sind Wohlfahrts- und Selbsthilfeverbände ebenso wie Kirchen und Gewerkschaften. Das Bündnis versteht sich als Sprachrohr für arme sowie armutsgefährdete Menschen und kämpft für annähernd gleiche Chancen und Lebensbedingungen aller Bürger. Jedes Jahr organisiert das Bündnis eine große Aktionswoche mit vielen Veranstaltungen zu einem Schwerpunktthema mit dem Ziel, die breite Öffentlichkeit für das Thema Armut und Ausgrenzung zu sensibilisieren. rie

derat senden: „Die Heidelberger wollen günstigen Wohnraum und eine soziale Durchmischung ihrer Stadt.“

> Den Heidelberger Appell unterstützen:

Das Bündnis bittet darum, den Appell per E-Mail an das Bündnis selbst und in Kopie an die Verhandlungsführer von Union und SPD, an die Heidelberger Bundestagsabgeordneten sowie an das Rathaus und die Ratsfraktionen zu senden. Außerdem soll der Appell unter Freunden, Bekannten und Kollegen verbreitet werden. Den Text des Appells und alle E-Mailadressen gibt es auf www.das-heidelberger-buendnis.de.